

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

17. Jahrgang.

Dienstag, den 7. August 1923.

Dolfinbedekte
Swankuri (Main) 10114

Auf Grund der Verordnung 97 Artikel 15 geht folgendes zur Veröffentlichung an:

einer gewisser Seite und mit der unbestreitbaren
 ist, jede Gelegenheit zu benützen, die Gellier
 die Befähigung aufzuheben, wird die fleißig in
 Zuckersfabriken des beliebigen Gebietes vorge-
 nommene Zuckerbeschlagnahme so verdrängt, wie
 die französischen und belgischen Behörden
 ein anderes dadurch gesucht hätten, als die Ver-
 zögerung der rheinischen Bevölkerung zu gefährden.
 belien nicht nur tendenziösen, sondern gründ-
 lichen Gerüchten entgegenzutreten muß betont
 sein, daß die in Frage kommende Zuckerbeschla-
 gung nur auf Grund einer Verletzung Deutschlands
 Schutzstellungen stattgefunden hat. Es muß
 und besonders darauf hingewiesen werden,
 nur solche Mengen beschlaggenommen worden sind,
 in Ueberfluß auf die normale Versorgung
 hin. Einige Zahlen können das beweisen: Von
 50 000 Tonnen Zucker, die in der französischen
 im gefunden worden sind, sind nur 16 000 be-
 schlaggenommen worden; von den 18 000 der belgischen
 nur 5. 45 000 Tonnen sind also für die Be-
 fähigung der Bevölkerung überlassen worden.
 man hinzufigt, daß keine Beschlagnahme
 der im Bridentopf Düsseldorf noch in der eng-
 lischen Zone noch bei den Zuckerhändlern an
 genommen wird, da demselben (die sich also im Besitz der nor-
 malen Bestände befinden) vorgenommen worden
 muß unparteiisch anerkannt werden, wie sehr die
 beschlaggenommen bei einer gerechtfertigten Wahl-
 lich treuen bemüht haben, die Interessen
 Bevölkerung zu vertheidigen.

Beckstuf.

Gemäß § 39 und 40 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 werden für den Regierungsbegirt Wiesbaden die Schöngzeiten im Jahre 1923 wie folgt festgesetzt:

- a) für Hirt-, Hasel- und Fasanenhähne 1. Juni bis 15. September,
- b) für Hirt-, Hasel- und Fasanenhennen 1. Februar bis 29. September,
- c) für Reb-, scheinische Moorhühner und Wacheln 1. Dezember bis 13. September,
- d) für Dachtel 1. Januar bis 31. August,
- e) für Drosseln vom 1. Januar bis 20. September.

Wiesbaden, den 27. Juli 1923.

Reinhold des Bezirksauschusses.
Der Vorsitzende.
H. Dr. D. Gärten.

Auf Grund des § 160, Abs. 2 der Reichversicherungsordnung und § 2 des Versicherungsgegesetzes für Unfälle wird der Wert der den Versicherten zugewiesenen Sachbezüge für den Bezirk des Versicherungsamtes des Landkreises Wiesbaden vom 1. August 1923 ab allgemein wie folgt festgelegt:

1. freie Rolle		2	3
h) <i>Gynephina</i> blüten			
1. freier Rand	2. freier Rand	3. freier Rand	4. freier Rand
5	6	7	8

1200	1200	3000	1200	2400	9000	1200	108
1500	1500	4500	1500	3000	12000	1500	135

Die Familie des Arbeitnehmers ist so erhöht sich der Beitrag für die G des Kind über 16 Jahren um zwei Drittel unter 16 Jahren um ein Drittel. Der sonstigen in der vorstehenden F einbezogenen Sachbezüge richtet üblichen Marktpreisen. Festlegung ist für die Kranken- und erung ist auf weiteres maßgebend. Entnommen des Versicherungsamtes. Wiesbaden vom 5. Juli 1923 W. H. r. cherien Festlegungen des Werles tritt mit dem 31. Juli 1923 außer Kr. den Bürgermeister des Kreises we.

Wiesbaden, den 2. August 1923.
 Versicherungsamt für den Landkreis Wiesbaden:
 Nr. 90.1039 Der Vorstehende:

3. Erinnerung.
Die Dreispaltigkeitserhebungen, die mit Erledigung
meiner Kreisblattverfügung vom 12. Juni 1900, H.
4260, in Nr. 70/452 des Kreisblatts, betreffend Be-
richt über die im Etatsjahre 1922 ausgeführten
Dampfstellunterfuchungen, im Blickfande find, werden
an die Erledigung wiederholt erinnert.
Freilich zum 30. d. M. bestimmt.
Wiesbaden, 2. August 1923.
Der Vorkhrende des Kreisauſchusses.
A. Nr. H. 410/5. 3. B. Tröblicher.

Die Herren Bürgermeister, die mit Erledigung meiner Verfügung vom 10. Juli d. J., 11. 2038.9 betreffend Anzeiger über die Fertigstellung und den Beginn der Auslegung des Haushaltsvoranschlags entwürfs für das Rechnungsjahr 1923, noch in Rücksicht sind, werden wiederholt an die Erledigung erinnert. Trift bis 20. d. M. bestimmf.

Wiesbaden, 2. August 1923.

Der Vorsitzende des Kreisauusschusses.

A. 97. 11. 2038.9. A. 97. Tröbinger.

Tagess-Bundschau.

Berlin, 3. August. Die Verhandlungen in Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsbeamten, Angestellten und Arbeiter führten zu folgenden Ergebnissen: In Dreifachlohn soll ein Stundenlohn ohne Deputatzulage für Hauswerter für die zweite Augustwoche 48 800 Mark und für die ungelernten Arbeiter 45 800 Mark betragen. Der Feuerungszuschlag der Reichsbeamten und Angestellten wird auf 1700 Prozent festgelegt. Die Frangenzulage beträgt nun diesem Zeitpunkt monatlich eine Million, die Beförderungszulage monatlich 650 000 Mark.

Berlin, 4. August. Die Inhaber der Groß-Berliner Firmen heben in einer Versammlung Beschlüssen, in der Zeit vom 10. August ab nur noch von 11—6 Uhr zu verkaufen. Die Lebensmittelgeschäfte werden von 9—12 und 4—7 offenhalten. Die einzelnen Geschäfte werden heute zu diesen Beschlüssen Stellung nehmen.

San Francisco, 3. August. (Neu-) Der Tod des Präsidenten Jording trat ohne vorhergehende Anzeichen ein, während er sich mit feinen Familienangehörigen unterhielt. Die Verstärkung der Truppen ist als Folge der Erkrankung an-

in Washington ist drücklich angewiesen worden, zum Wohlen des Präsidenten Harding das Verhältniß zum Reichspräsidenten und der Reichsregierung aufzufreien. Reichsmittler des Auswärtigen, v. Rosenburg hat gestern bei der amerikanischen Botschaft in Berlin vorgelesen, um das Verhältniß zwischen Regierung und seine persönliche Teilnahme auszusprechen. Der Reichspräsident und der Reichskanzler, ebenso der Botschaft der Weiden, des Dienstgebäude des Auswärtigen Amtes für heute auf halbwegs gelöst.

Berlin, 4. August. Die Abstimmung in der Berliner Metallindustrie hat die erwartete Mehrheit für den Streik ergeben. Heute treten die Organisationen zusammen, um den Streik festzusetzen.

Die Anwendung der Verordnung über Wiedereinstellung des freien Arbeitsverkehrs ist die nächste Frage zu erwarten.

Berlin, 4. August. Nach einer Verurteilung der „Doff. Ztg.“ in die Streikbewegung unter der Bergarbeiterchaft im Ruhrgebiet allgemein geworden. Sie kamen vorläufig in langen, positiven Kräftigen zum Ausdruck, d. h. Perlenkette erheben in ihrer Arbeitsstätte, ab-

fahren nicht ein und vernichten die Arbeit.
Reichthumsarbeiten werden ausgeführt. Es wird
allgemein eine einmalige Wirtschaftsbereinigung
5 Millionen Mark gefordert. — Im Eifer der
H die Forderung bisher auf 57 Schodnanlagen
stellt worden, im Bueer Bezirk geben die F
erungen erheblich weiter. Es ist auch mit der
stellung der Wirtschaftsbereinigungen gedroht worden.
Die Streikbewegung äußert nichts an dem Ver
gegenüber den Befolgungstruppen, der po
sition und sich so uniperrändert wie bisher

Sozialdemokraten und Reichsregierung
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion
endigte ihre Beratungen und nahm folgende
Entscheidung an:
Der drohende Zusammenbruch der Innen-

Wendepunkt Deutschlands in die Folge der Kontinuität der Reichsregierung auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete sowie ihrer Schwäche gegen den Widerstand der bürgerlichen Interessengruppen und der reaktionären und nationalistischen Bewegung. Durch den Wahlerfolg ist die Rolle großer Teile des Klasses bis zur Unverträglichkeit gesteigert worden. Diese Zustände gefährden ebenfalls die Substanz, die die Bevölkerung des Ruhrgebiets schwer schädigen, die Abwehr der Gefahr, die dem Bestand des Reiches von außen her bedroht.

Die Fraktion fordert von der Reichsregierung größte außenpolitische Aktivität, um unter Aufrechterhaltung der Einheit der Republik und Erhaltung des Rheinlandes beim Reiche und Befreiung der Ruhr zur einseitigen Verständigung über das Reparationsproblem zu gelangen. In der energigebigsten Verhinderung aller Sabotageakte und der radikalen Unterbindung der Kistungen der illegalen Organisationen erblickt die Fraktion sowohl eine dringende innenpolitische, wie eine unbedingte außenpolitische Notwendigkeit. Die Fraktion billigt die von dem Reichspräsidenten als Reichspräsidentenrat eingesetzten Fraktionsvorsitzenden der Reichsregierung unterbreiteten finanzpolitischen und währungsrechtlichen Forderungen. Sie stellen das mindeste vor, was zur Verhütung des Währungszerfalls erforderlich ist und müssen in der denkbar kürzesten Frist durchgeführt werden. Darüber hinausgehend verlangt die Fraktion, daß diesen ersten prosaischen Maßnahmen sofort der Umbau des deutschen Steuersystems folgt und die Ausbringung der Reparationskosten durch die Befolgung des Sachwertesfestes gesichert wird. Die Fraktion fordert deshalb, daß die Maßnahmen zur Erreichung des Sachwertesfestes in schnellster Weise zur Durchführung gelangen.

Die Fraktion erklärt, daß sie die ganze Kraft der Partei zur Erfüllung dieser Forderungen einsetzen wird und macht von dem Ergebnis der Anstrengungen ihre weitere politische Haltung gegenüber der Regierung Cuno abhängig.

Der Sozialistische Parlamentsdienst bemerkt in der Entschließung: Die Abstimmung hat ergeben, daß die große Mehrheit der Anwesenden den Koalitionsmitglieder (zuletzt keinen Ansat) sah, über die Frage der Koalitionspolitik eine Entschlossenheit herbeizuführen. Eine Entschließung dieser Art, die die Regierung des Widerstands ausdrückt und die die große Koalition abgelehnt wird, wurde verworfen, ebenso eine Entschließung, die die ablehnende Haltung war.

die jetzt veröffentlicht wird, heißt es u. a.:
„Wie die belgische und die französische Regie-
rung es am 12. März erklärt hätten, sei die Kund-
gebung nicht unternommen worden, um f-
ür die Belohnungen von Deutschland zu erlange-

fordern um einen Druck auszuüben, damit Deutschland begreife, daß es die Bestimmungen ausführenden müßte, die es unterzeichnet habe, und daß es bei den notwendigen Willen hierzu schaffe. Die Räumung dieses Gebietes werde nach Maßgabe der von Deutschland ausgeführten Reparationsleistungen erfolgen. Dieser Erklärung gedenke die belgische Regierung treu zu bleiben. Als grundlegende Bedingung hatte Deutschland vollkommen und rücklos auf den passiven Widerstand zu verzichten. Die belgische Regierung sei vollkommen geneigt, mit der französischen Regierung die einmaligen Abänderungen zu treffen, um der Befolgung weniger militärischer Charakter zu verleihen und um sie auf das Maß beschränken, das in der Note an Deutschland am 10. Januar verzeichnet sei. Die augenblickliche Strenge der Befolgung sei Frankreich und Belgien aufgezwungen worden durch den von der Berliner Regierung herorgegerufenen aggressiven Widerstand. Diese Strenge werde umso rascher aufhören, wenn Deutschland aufrichtig auf den Kampf verzichte. Die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet würde dem belgischen Regime eintrieten, das nicht die wirtschaftliche Isolierung dieses Gebietes verbinde. Wenn die von der belgischen Regierung abgegebene Erklärung für befriedigend angesehen werde, so sei die belgische Regierung gerne bereit, sie zu veröffentlichen. Die belgische Regierung habe mit lebhafter Befriedigung erfahren, daß die englische Regierung geneigt sei, Frankreich und Belgien anzuerkennen, um Deutschland die Einstellung des passiven Widerstandes zu verlangen. Aus dieser Frage müsse eine grundlegende gemacht werden, da sie, alle anderen Fragen dechthend, früher als alle anderen geregelt werden müßte. Obwohl dieser Widerstand durch die augenblicklich geplanten Zwangsmaßnahmen gebrochen werden könnte, würde die Intervention Englands unzweifelhaft die Folge haben dieses Ergebnis zum Ruhen der Reparationen beizubringen. Ferner lege die belgische Regierung eine große Bedeutung der Kontrolle der deutschen Finanzen bei. Die hauptsächlichste Ursache für die Mißere Deutschlands ergebe sich aus keinem anderen schweren Ausgeben und dem Richtausgleich zwischen den Ausgaben und den Einnahmen. Die deutschen Einnahmen seien herabgerufen sei durch die regelmäßigen Entlassungen von Papiergeld. Im Geldgeschäfte sei es vor allen Dingen notwendig, die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen und deshalb müsse man eine Kontrolle aufstellen. Sonst würde das von Deutschland verlangte Minimum die augenblickliche Lage noch verzweifelter gestalten. Nichts verbindend übriges, daß auch das Moratorium die Sachlieferungen an die Alliierten sichergestellt würden. Sie seien eine kleine notwendige Entschädigung für die Opfer, die die Alliierten während dieser Zeit gewonnen seien sich zu nehmen. Die belgische Regierung habe übrigens dabei, daß sie Ankämpferin einer festeren Antwort der Alliierten auf die deutsche Note vom 7. Juni sei. Schließlich spricht die Note aus, daß die belgische Regierung mit Freuden erfahren habe,

problem mit Sympathie zu behandeln. Beigien
lege dem wegen seiner exponierten geographischen
Lage besondere Bedeutung bei und werde sich ge-
statten, über diese Frage später eine Mitteilung zu
geben zu lassen.

Paris. Wie das aus Düsseldorf mehrmals hat General Degoutte folgende Verordnung über die Wiegennahme von industriellen Werken erlassen. Art. 1. Wenn die zur Sicherung der deutschen Lieferungen am Grund des Abkommens 8 des Verfaßten Vertrages und der spätern getroffenen Abmachungen erforderlichen Brennstoffe durch regelmäßige Ausbeutung nicht zu erlangen sind, kann die internationale Ingenieur-Mission, falls die Produzenten die Lieferung verweigern oder sich aufhalten, erklären, sie zu leisten, von den Gruben und bei ihnen angeschlossenen Werken Bsp. ergreifen, zu gleich von den Rohstoffen und Vorräthen. Die Gruben können entweder unmittelbar von der Ingenieur-Mission oder durch die Vermittelung von Koncessionären betrieben werden. Art. 2. Die Befriedigung und Transportkosten für die Lieferungen stehen zu Lasten der deutschen Regierung.

Paris, 4. August. Die „Revue Nouvelle“, die von
französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und vom Reichstagsgeheimrat Celerius
seinem Brief an den Abgeordneten Herrick an-
führen Deutschen kein zu lebenslänglicher Zwa-
rbeit begnadigt worden. Die Hausagentur ist
einer derartigen Begnadigung nicht bekannt. In-
fache für nur die Begnadigung des Landwirtschafts-
leiters Goerges.

Der bisherige Vizepräsident Calvin Coolidge der auf Grund der Verfassung der Vereinigten Staaten automatisch Präsident wird, und dieses zu den neuen Präsidentschaftswahlen bleibt, ist ein rektor Rassekammer des früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, Thomas Jefferson. Er wurde am 4. Juli 1872 in Plymouth im Staate Vermont geboren. Er studierte die Rechte in Northampton, unternahm Studienreisen nach Deutschland, Frankreich und England. Von 1897 ab hatte er eine Wahlkampagne in Northampton. 1916 bis 1918 war er Vizepräsident von Massachusetts, von 1919 bis 1920 Gouverneur dieses Staates. Mit Hooper wurde er im November 1921 zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten gewählt.

Einem großen Theil der deutschen Oeffentlichkeit ist bei der Bepfischung des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten die Verwechslung unterlaufen. Herr Coolidge, der bisherige Vizepräsident, nicht belannte Professor und Oeffizier der Harvard-Universität ist, sondern ein angesehener Jurist, eine erfolgreiche Kaufbahn als Rechtsanwalt, Richter und Politiker hinter sich hat. Daß man hier ersten Augenblick so wenig über ihn wußte, läßt einerseits damit erklären, daß infolge unseres Einzugswalls die Verbreitung amerikanischer Blätter auf ein Minimum zusammengegeschrumpft ist und andererseits ein Vizepräsident der Vereinigten Staaten von dem Tage seines Amtsantritts an für breite Oeffentlichkeit in der Berichterstattung verschwindet, bis zu dem Augenblick, da ihn entweder ein vorhergesehenes Ereignis wie in diesem Fall in Vordergrund rückt, oder bis er lang- und langsam nach Ablauf seines Amtessterns von der Bühne verschwindet.

Amerikanische Vizepräsidenten führen in
 als einer Hinsicht ein wahres Kronprinzen-
 thümlich werden sie für den Kosten von der eig-
 Partei angewandt, wenn so für die Partei
 darauf ankäme, eine ihnen sonst unbräue-
 lichkeit gewissermaßen ehrenvoll fast zu
 Es sei nur daran erinnert, daß 3. B. im Jahre
 Theodor Roosevelt größt theils Widerstrebens
 seinen eigenen Parteibezügen gesungen wurde,
 Nomination für die Vizepräsidentschaft anzuneh-
 weil er sich jenen als Nachritteroberst und als
 verner von Rem Horst unbräue gemacht hat
 Daß dann Präsident Mc Kintley ermordet wurde
 Roosevelt auf diese Weise gerade an die Stelle
 der ihn die Gegner in der eigenen Partei h-
 fernhalten wollten, war eine Fügung des Schi-
 die niemand voraussehen konnte. Heftlich
 sieht die Dinge mit Coolidge. Wenn nicht der
 Hardings dazwischen getreten wäre, hätte sein
 sein für die amerikanische Desseintlichkeit am 4.
 1925 sein Ende gefunden. Nun steht er pld-
 Mittelpunkt der Ereignisse und damit ist er auch
 selbst in die Reihe derjenigen getreten, die für
 Präsidenschaftslokalendatur im nächsten Jahre
 Frage kommen. Er müßte von einer selbst-
 ganz unamerikanischer Beschaffenheit sein, we-
 sagt noch von vornherein auf ehrgeizige Pläne
 sichten sollte. Deshalb wird sein Verhalten
 nun an hauptsächlich danach richten, wie sich
 Ausichten für das nächste Jahr gestalten werde

Washington. Calvin Coolidge, bisheriger Vizepräsident der Vereinigten St.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 6. August. Wie dem Wolff'schen Düsselbader gemeldet wird, sind das nachmittags gegen 7 Uhr bei einer feuerlichen Wachtparade durch die Explosion einer 44 französischen Solobaten und drei Hollo- oder weniger schwer verletzt worden. Die Ursache hat die Befehlsgewalt der den kommunalen Polizei von Düsseldorf zu den deutschen Gendarmen verleiht, übergeben über Düsseldorf der verhöferte Belagerungs- verhängt, weitere Sanftionsmahnmahnen Stadt sollen durchziehen. Nähere Angabe bis jetzt nicht vor. Die Mahnmahnen- fahungsbehörde lassen erkennen, daß die deutsche Tüchtigkeit vermuten. Solle die fuchung, an der Deutschland mitwirkten die deutsche Tüchtigkeit zuweisen, so die Kriegsregierung dies aufs Beste befehle hat bei den Verhandlungen mit den Parcell erst vor kurzem zum Ausdruck ge- hrt jede verbrecherische Gewalttätigkeit urteilt, und sie kann dies nur mit all- wiederholen. Diese verbrecherischen bringen niemanden Nutzen und schädigen deutsche Sache, und sie haben nur Schicksal Folge.

Dresden, 5. August. Nachdem die gestern am späten Nachmittag einen vor- ausschlag der revolutionären und radikalen- follen im Stadtrathen veranlaßten Deman- gung ausgelöst hatte, kam es in den Abend- Zusammenstößen mit einem Teil- Burlesken, der in einer Schanzwerkstatt er- verurtheilt und u. a. in den Kässen eine- zahl Fensterheben eingeschlagen hat. 10½ Uhr war die Ruhe wieder hergestellt. Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe- schädige verwundet, etwa 80 Demonstranten verhaftet.

Berlin, 6. August. Einer Still- dung des Berliner Volksanzeigers- fenterte ein Boot, in dem ein- Reuendorf bei Köln mit seinen beid- waren. Sämtliche Insassen ertranken.

In Homeln sind etwa 100 Personen- merkwürdigen Erscheinungen erkrankt. munt, daß der Genuß von Pfefferküchle- fache der Erkrankung ist. In der Stadt- große Beunruhigung, doch sind die Fälle meist leichwiefer Natur. Eine hat- Unterfuchung ist eingeleitet.

Zeitgemäße Betrachtung.

(Nachdruck.)

Recht getan!

Es allen Leuten recht getan — ist die niemand kann, — soich Räthsel mit — erst nach geboren werden. — Selbst der Himmelstür — hat best noch sein für, — er hat als Weltmacher doch Widerfacher. — — Wenns regnet rüft mein — nach Wärme und nach Sonnen man will kein Teil haben — von melgeben, — doch machts die Sonne g — dann schlägt man abermals Warm, dem Wunsch begegnen: — Es möchte wir — — Da, allen Leuten recht getan, — ist die niemand kann, — je mehr man gillt — je schwerer wied es werden — und der Spitze Stehn — und wohlbedacht al- sein, — bei denen wird am meisten was sie leisten. — — Und dennoch sagt i- stand, — wenn wir uns umhau weit a- Schuler sit es, zu regieren — doch le- heren. — Der Königer noch manch we- doch sollt er helfen durch die Lat- schweren Tagen — dann wird er bald — — Und eins steht fest: — Wer inner- Wogen dient und freudig magt — sein legen, — nur der ist dachzumhau, — schweren Zeit der Art — mit aller Krä- — sein Bestes drangegeben, — dem h- zusehen. — Die Zeit ist ernst, milr — — und gehen unter mehr und mehr, — uns in Partelen — zerfehen und e- Nur eins tut not: In Ungeit — nur die zur Zeit — sich mühen, das Schiff — ein Herz, ein Sinn voll malten. — — Jeneu nicht geüßt — sei ganz und gar — es geht im allgemeinen — um al- einen. — Doch allen Leuten recht ge- Kunst, die niemand kann, — wer das- melter — das Seine tun. G e n

Wiesbadener Viehhofmarkte.

Dannersag, 2. August.

waren: 6 Ochsen, 6 Bullen, 41 Kühe, 122 Kälber, 10 Edoile, 123 Schwein- lauf: In allen Viehhaltungen lebba- Markt geäußt.

In Bohr-
 glückstall
 ger aus
 Durch-
 schen ein
 re. Die
 er. Ober
 alle,
 lüchteste
 te Dame
 lwald in

 ahl und
 sind in
 n diesem
 Groh-
 er inter-
 stammen
 best und

 me. In
 en Dame
 schen, der
 h, um zu
 dem Ge-
 e beherzt
 oloer zu
 ei wurde
 urde selb-

Büro em-
 t gestern
 nößlichen
 adgranate
 en mehr
 is diesem
 Abri der
 id einen
 wurde
 agzustand
 gegen die
 en liegen
 der Be-
 Franzosen
 le Unter-
 bercht ist,
 urde die
 en. Sie
 Plinius
 raucht, daß
 g ver-
 e Schäl-
 bewaltigte
 nur die
 ungen zur

Polizei
 Urtheils-
 Erwerbs-
 strations-
 stunden, zu
 p junger
 zubringen
 große An-
 gegen
 lt. Zwei
 und Stod-
 n wurden

e r Mel-
 usfolge
 ichter aus
 n Söhnen

en unter
 Man ver-
 ch die Ur-
 ht herrscht
 rrankungs-
 eriosogische

en.
 (erboten.)

eine Kunst,
 auf Erden
 Petrus an
 Rezept da-
 sehr viel
 man allge-
 mein, —
 diesen Him-
 zu warm
 — daß wir
 der regnen.
 eine Kunst,
 auf Erden,
 die da an
 r Amt ver-
 — getadelt,
 ms der Ver-
 n Land: —
 ht, zu kriti-
 schen Nat, —
 — in diesen
 verlegen. —
 at — dem
 Alles einzu-
 Wer in der
 ste Aufgebot
 ist es nat-
 eiden schwer
 — wenn wir
 zwoeien. —
 denen folgen,
 n hatten, —
 was dem und
 dahingestellt,
 es, nicht um
 — ist eine
 bedenkt, wird
 Heiter.

idl.
 Aufgetrieben
 und Jäsen,
 Marktver-
 tes Geschäft;

